

Einfache Anfrage Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann vom 6. April 2022

## **Axpo zum Handeln auffordern – kein russisches Uran mehr**

Schriftliche Antwort der Regierung vom 10. Mai 2022

Martin Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann thematisiert in seiner Einfachen Anfrage vom 6. April 2022 die Uranlieferungen durch die russische Firma Rosatom an die AXPO Holding AG (nachfolgend AXPO) vor dem Hintergrund des Kriegs von Russland gegen die Ukraine. Er verlangt, dass Uranlieferungen aus Russland ohne zeitliche Verzögerung zu stoppen seien. Mit Verweis auf die Beteiligung der St.Gallisch-Appenzellischen Kraftwerke AG (nachfolgend SAK) an der AXPO im Umfang von 12,5 Prozent erkundigt er sich namentlich, was die Regierung diesbezüglich zu unternehmen gedenkt.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Die Regierung verurteilt den Angriff Russlands auf die Ukraine und die gravierenden Verletzungen des Völkerrechts auf das Schärfste. Die Not und das Leid der Zivilbevölkerung machen die Regierung tief betroffen und fassungslos. Sie hat deshalb bereits am 1. März 2022 Gelder zur Unterstützung der Notleidenden gesprochen. Ihre Möglichkeit einer Einflussnahme auf die AXPO erachtet sie indessen als gering.

Die AXPO hat nach dem Angriff von Russland auf die Ukraine kommuniziert, dass sie bis auf Weiteres keine neuen Verträge mit russischen Gegenparteien abschliessen werde und Handlungsoptionen für die Zukunft analysiere. Sie werde selbstverständlich auch alle aktuellen und künftigen Sanktionen mittragen. Sie kommt indes zum Schluss, dass einseitige Kündigungen von bestehenden Verträgen durch die AXPO zum aktuellen Zeitpunkt die russische Seite stärken, europäische Kundinnen und Kunden schwächen und im schlimmsten Fall sogar zu Versorgungsengpässen in Europa führen würden. Dies sei nicht im Sinn von AXPO.

Die Regierung unterstützt die Bestrebungen verschiedener Akteure, Europa und die Schweiz rasch unabhängig von russischer Energie zu machen. Dazu ist die effiziente Verwendung aller Energien und insbesondere der Ausbau der erneuerbaren Energien zu forcieren. Für den Kanton St.Gallen legt das St.Galler Energiekonzept 2021–2030 (40.20.05) die Grundlagen dafür.

Zu den einzelnen Fragen:

- 1./2. Die Regierung begrüsst die Ausführungen der AXPO, wonach sie bis auf Weiteres keine neuen Verträge mit Russland eingehe und Handlungsoptionen analysiere, namentlich um die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen zu vermindern. Die Regierung hat indessen keine Handhabe, in die operative Tätigkeit der AXPO einzugreifen. Die Einhaltung der gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen, z.B. die Einhaltung allfälliger Sanktionen, wird durch die AXPO sichergestellt.
3. Gemäss Eigentümerstrategie des Kantons St.Gallen für die SAK hält Letztere eine Beteiligung von 12,5 Prozent an der AXPO und wirkt bei dieser auf eine sichere, wettbewerbsfähige und nachhaltige Stromversorgung hin (Ziff. 2.1 Abs. 5). Die Regierungen der Kantone können ihre Vertretungen im Verwaltungsrat der SAK anweisen, bestimmte Themen im Verwaltungsrat zur Diskussion zu bringen oder bestimmte Anträge zu stellen (Eigentümerstrate-

gie Ziff. 3 Abs. 4). Seitens des Kanton St.Gallen sind die Vorsteherin des Bau- und Umweltsdepartementes und der Vorsteher des Gesundheitsdepartementes Mitglieder des SAK-Verwaltungsrates. Der Kanton St.Gallen hat als Mehrheitsaktionär an der Generalversammlung der SAK vom 6. Mai 2022 den Verwaltungsrat der SAK eingeladen, der AXPO zu beantragen, umgehend Alternativen für die Uranbeschaffung zu evaluieren und möglichst zeitnah die Verträge mit der russischen Rosatom betreffend Uranlieferungen auszusetzen.